

Vorwort

Entwicklungspolitik ist in Baden-Württemberg eine Gemeinschaftsaufgabe. Denn was uns auszeichnet, sind die vielen ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteure, die sich für eine gerechtere Welt einsetzen. Die weit über tausend Initiativen und Organisationen sind unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklungspolitik Baden-Württembergs und bilden das Rückgrat der Entwicklungszusammenarbeit im Land.

Gemeinsam mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den Kirchen, Kommunen, Netzwerken und Stiftungen, Organisationen und Institutionen, haben wir im Dialog „Welt:Bürger gefragt!“ die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg erarbeitet. Diese bilden die Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit des Landes und formen gleichzeitig einen Rahmen für die Arbeit der aktiven Organisationen und Institutionen. Auf jährlich stattfindenden Entwicklungspolitischen Landeskonferenzen überprüfen die Bürgerinnen und Bürger des Landes die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und entwickeln neue Handlungsvorschläge. Neue Ressourcen, Initiativen und Strukturen sind auf diese Bürgerbeteiligung hin entstanden, die das entwicklungspolitische Engagement in Baden-Württemberg vernetzen, bündeln und stärken sollen.

Entsprechend dieser Leitlinien ist die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg vor allem auch eine Herausforderung für die klassischen Kernbereiche der Landespolitik. Der aus Expertinnen und Experten der großen entwicklungspolitischen Netzwerke des Landes bestehende Rat für Entwicklungszusammenarbeit berät die Landesregierung in diesen Fragen. Auch innerhalb dieser gesellschaftlichen Netzwerke sind neue Strukturen entstanden, beispielsweise die Interministerielle Arbeitsgruppe der Landesregierung, die AG Kommunale Entwicklungspolitik KEpol des Städtetags oder das Netzwerk Ökumenische Koordination der vier großen Kirchen, welche wertvolle Beiträge für die Abstimmung und die Koordination leisten.



Ich freue mich, dass die Akteurinnen und Akteure durch die Akteurslandkarte nun die Möglichkeit haben, sich noch besser zu vernetzen und zusammenzuarbeiten. Denn nur gemeinsam können wir die Ziele der Förderung einer nachhaltigen globalen Entwicklung und die Sicherung von Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie und den Menschenrechten erreichen!

Th. Schopper

Theresa Schopper
Staatsministerin
Staatsministerium Baden-Württemberg

Entwicklungspolitische Akteurslandkarte Baden-Württemberg

Die Globalisierung mit ihren negativen und positiven Folgen hat längst in unseren Alltag Einzug gehalten und angesichts der globalen Herausforderungen und Probleme gewinnt Entwicklungspolitik immer weiter an Bedeutung. Um Lösungen zu finden, ist ein auf Kooperation setzender Politikstil notwendig. Synergien müssen genutzt werden, damit Zeit und Ressourcen gespart werden können. Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik und nur dann wirkungsvoll, wenn sie als Querschnittsaufgabe – über Ressortgrenzen hinweg – umgesetzt wird.

Auch international ist der Entwicklungspolitik mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ein neuer, normativer Rahmen gegeben worden. Kern des universell gültigen Weltzukunftsvertrages sind die 17 Sustainable Development Goals (SDGs), die Weltnachhaltigkeitsziele, die von der internationalen Staatengemeinschaft auf dem UN-Gipfel in New York (2015) verabschiedet wurden. Sie verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung aller Länder, auch der wohlhabenden Industrieländer im Norden.

Baden-Württemberg ist traditionell reich an Akteuren, Personen und Organisationen, die in den Handlungsfeldern Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit arbeiten. Es sind staatliche, halbstaatliche, zivilgesellschaftliche, kirchliche oder private Akteure. Sie decken Themen ab wie Armutsbekämpfung, Anti-Rassismus, Fairer Handel, Klimaschutz. Sie unterhalten internationale Partnerschaften und Kooperationen, arbeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildung. Das Ganze auf der Ebene von Kommunen, Landkreisen, Regionen oder des Landes. In der Komplexität der Thematik ist es für Interessierte oft schwierig, die richtigen Stellen und Ansprechpersonen zu identifizieren. Mit der Entwicklungspolitischen Akteurslandkarte wird ein erster Überblick gegeben.

Diese Akteurslandkarte erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Herausgeberin:

Engagement Global
Außenstelle Baden-Württemberg/Bayern
Charlottenplatz 17
70173 Stuttgart
Telefon 0711 – 120 406-10
ausstellen.stuttgart@engagement-global.de

Autorinnen und Autoren:

Claudia Duppel
Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg (DEAB)

Ralf Häußler
Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB)

Philipp Keil
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit
Baden-Württemberg (SEZ)

Nadia vom Scheidt
Landeshauptstadt Stuttgart

Gabriele Winkler
Engagement Global

Die Akteurslandkarte wurde in Zusammenarbeit mit dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) Baden-Württemberg erstellt.

Impressum:

November 2018
Auflage: 2000
Grafik: mees + zacke
Papier: Umweltschutzpapier

Anmerkungen an:

Engagement Global
ausstellen.stuttgart@engagement-global.de




Entwicklungspolitische Akteurslandkarte Baden-Württemberg

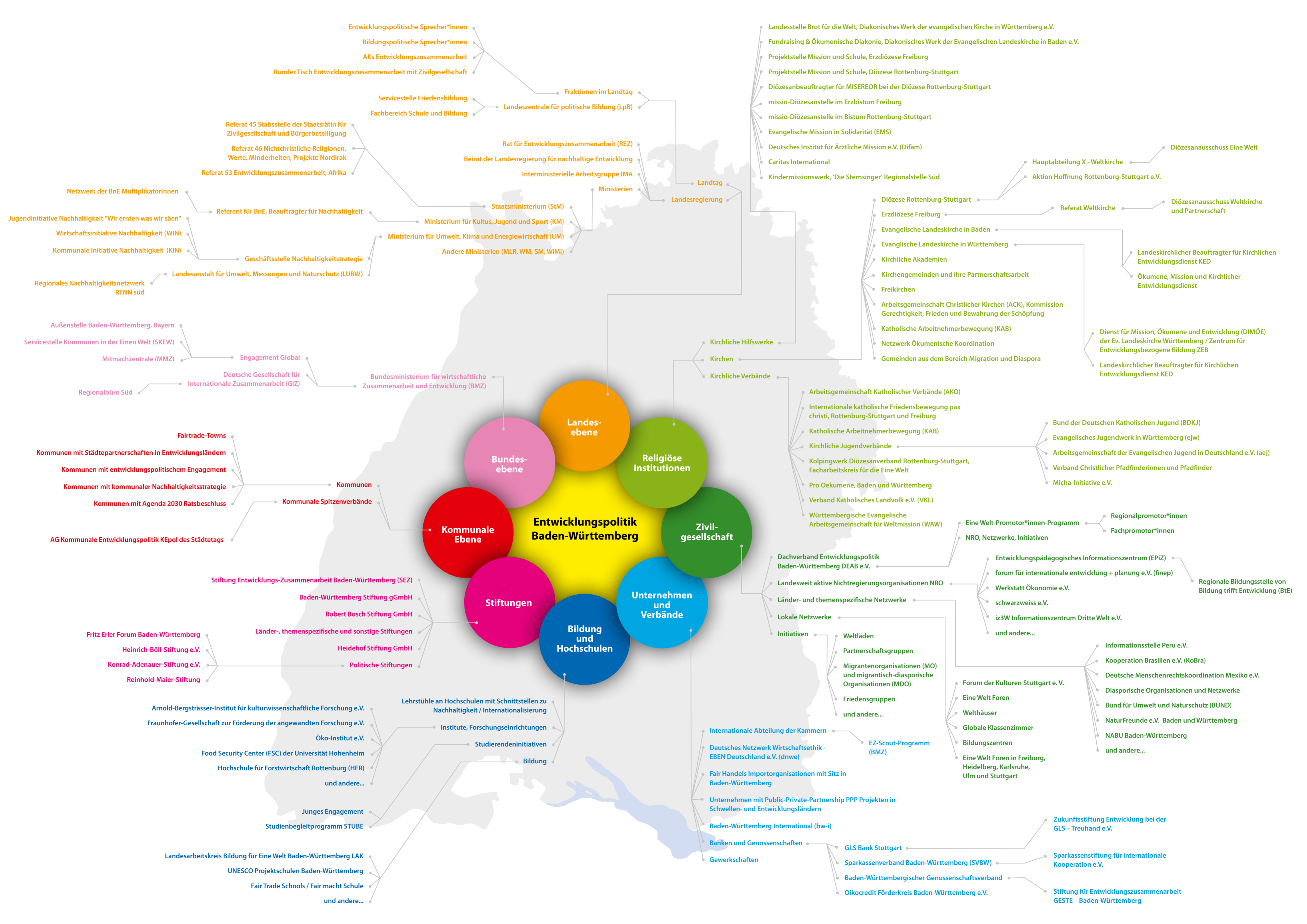
Institutionen, Organisationen, Gruppen und Vereine, die im Bundesland Baden-Württemberg entwicklungspolitisch aktiv sind

Diese Publikation wird finanziert aus Mitteln des Programms Entwicklungsbezogene Bildung in Deutschland (EBD)

Mit Mitteln des:

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



1 KEINE ARMUT
Armut in allen ihren Formen und überall beenden

2 KEIN HUNGER
Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN
Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

4 HOCHWERTIGE BILDUNG
Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT
Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN
Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE
Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM
Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR
Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN
Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN
Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

12 NACHHALTIGE/R KONSUM UND PRODUKTION
Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ
Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

14 LEBEN UNTER WASSER
Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

15 LEBEN AN LAND
Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN
Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE
Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Agenda 2030 nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist für die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Planeten entscheidend. Dieser Grundgedanke durchdringt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die im September 2015 von 193 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde. Das Herzstück der Agenda 2030 bilden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz SDGs), welche die Bereiche Ökonomie, Ökologie und Soziales gleichberechtigt zusammenführen. Die Agenda 2030 gilt als internationales, nationales, aber vor allem auch regionales und kommunales Rahmenwerk für eine enkeltaugliche Zukunft.

Bedeutung von Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030

Kommunen spielen bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele eine Schlüsselrolle. Aufgrund ihrer Expertise in der kommunalen Daseinsvorsorge und ihrer Bürgernähe können auf kommunaler Ebene Leitbilder und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung besonders bedarfsgerecht formuliert und realisiert werden.

Das Engagement reicht beispielsweise von Verwaltungsbeschlüssen zur fairen öffentlichen Beschaffung über den Aufbau und die Pflege von kommunalen Städte- und Themenpartnerschaften bis hin zu integrierten Stadtentwicklungskonzepten.

In Deutschland berät und unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Kommunen zu Themen der kommunalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) steht sie den Kommunen seit 2001 als Service- und Beratungseinrichtung zur Verfügung. Schwerpunkte dabei sind die Zukunftsthemen Global nachhaltige Kommune, kommunale Partnerschaften, Migration und Entwicklung sowie faire öffentliche Beschaffung.

17 Ziele an 17 Orten in Baden-Württemberg

Mehr Informationen unter: www.deab.de/1717

Entwicklungspolitische Bildung, Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – diese Begriffe beschreiben sehr ähnliche Bildungskonzepte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Sie wurden entwickelt von Umwelt- und Eine-Welt-Pädagog*innen auf Grundlage der Agenda 21. Dies war der historische erste Weltzukunftsvertrag, der auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (1992) verabschiedet worden war. In Baden-Württemberg werden die Begriffe teilweise synonym verwendet. Kernelemente sind eine multiperspektivische Problemanalyse und Handlungsorientierung.

Für die kommunale Ebene hat sich die Kommunale Entwicklungspolitik etabliert mit Städtepartnerschaften, Projektpartnerschaften, Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und der Unterstützung des Globalen Lernens, zum Beispiel in Globalen Klassenzimmern.